

# Warum die Fusion noch immer ein Thema ist

**Haushaltsdebatte im VG-Rat Rhein-Mosel: Fünf Jahre nach dem Zusammenschluss sehen Redner Defizite und nicht erreichte Ziele**

■ **VG Rhein-Mosel.** Natürlich stand die jüngste Sitzung des Verbandsgemeinderates Rhein-Mosel ganz im Zeichen des bei dieser verabschiedeten Haushaltsplans und der massiven Kritik der CDU-Fraktion an der Arbeit von Bürgermeister Bruno Seibeld (die RZ berichtete). Neben der CDU nutzten auch andere Fraktionssprecher die Möglichkeit, um Kritik zu üben.

**FWG-Sprecher Hans-Joachim Schu-Knapp** konnte sich aber am Ende der Redebeiträge einen kleinen Seitenhieb auf die CDU nicht verkneifen. „Es ist doch erstaunlich, wie viel funktioniert, obwohl so viele Defizite bemerkt wurden“, sagte er und sprach damit dem ebenfalls der FWG angehörenden Seibeld etwas zur Seite. Dieser hatte sich nur knapp zu der Kritik geäußert. Dass er sich nicht ernsthaft darum bemüht hätte, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, hält er für falsch. Das sei mit den Leitern der jeweiligen Teilbereiche „eingeheißt diskutiert“ worden, so der VG-Chef.

Dass Seibeld als Verwaltungschef inzwischen, wie dem Haushaltsplan zu entnehmen ist, mehr Personal unter sich hat als zum Zeitpunkt der Fusion der Alt-VGs Untermosel und Rhens, steht die FWG kritisch. Denn der Sinn der Fusion sei es ja gewesen, Synergieeffekte zu schaffen. Und das bedeute eben auch Personalinsparungen ohne Aufgabenreduzierungen. De facto hat die Verwaltung aus der Fusion entstandenen VG Rhein-Mosel aber mehr als zehn Mitarbeiter mehr als die Alt-VGs Rhens und Untermosel zusammen. Von den Kosten für die Erweiterung des Verwaltungsgebäudes einmal abgesehen. Von



**Das Feuerwehrgerätehaus in Koblenz-Condorf soll erweitert werden. Dafür gibt die Verbandsgemeinde 2019 fast 1,9 Millionen Euro aus. Gestern hatten wir wesentlich berichtet, dass diese Summe in das Gerätehaus in Winnigen fließt.**

Einsparungen kann also keine Rede sein. Die Schuld dafür sieht Schu-Knapp aber nicht beim Bürgermeister, der im vergangenen Jahr eine ausführliche Darlegung der tatsächlichen und noch möglichen Synergieeffekte vorgelegt habe – mit ernüchterndem Ergebnis, wie der FWG-Sprecher findet. „Das von der Landesregierung seinerzeit beauftragte Fusionsgutachten war viel mehr gedruckte Spekulation als realistische Aufgabenbeurteilung“, so Schu-Knapp, der hinzufügte: „Bis auf einen Bürgermeister haben wir über die Fusion nichts gespart.“

SPD-Sprecher Klaus Frevel war hinsichtlich der aus der Fusion resultierenden Aufgaben der Ansicht, dass der Bürgermeister noch etwas Überzeugungsarbeit leisten müsste. Denn die Erweiterung des Verwaltungsgebäudes stoße „nicht auf einhellige Zustimmung“. Viele könnten nicht verstehen, warum so viel Geld dafür ausgegeben wird. Frevel wies zudem darauf hin, dass die ehrenamtlichen Bürgermeister,

Beigeordneten und Ratsmitglieder zum Teil massiv unzufrieden mit der Unterstützung durch die hauptamtliche Verwaltung seien. „Diese teilweise intensive Unzufrieden-

heit, die Klagen und Enttäuschungen sind Symptome dafür, dass die VG Rhein-Mosel auch fünf Jahre nach der Fusion noch deutlich verbessert werden muss“, sagte Fre-

## Kommentar

### Nicht konsequent gehandelt

**D**ass eine Fraktion im Verbandsgemeinderat die Arbeit des Bürgermeisters und den von ihm vorgelegten Haushaltsplan kritisiert, ist im Sinne der Meinungsfreiheit und der Kontrollrolle gut und wünschenswert. Wenn die Kritik dann aber derart heftig ausfällt wie die der CDU, die vorgebrachte Kritik als Wahlkampfmanöver auslegt,



**Volker Schmidt**  
zur Kritik am Bürgermeister

zuliegen, dass seine Verwaltung eine verfehlte Planung zum Schaden der Ortsgemeinden betrieben habe, dann hätte die Fraktion konsequenterweise auch gegen den vorgelegten Plan stimmen müssen – und nicht einstimmig dafür. So aber darf sich die CDU nicht wundern, wenn man ihr

vel. Er fordere eine Bestandsaufnahme, Selbstkritik und eine Binne-reform.

Für die Grünen forderte Judith Haag in Vertretung für die abschwächende Sprecherin Julia Wein, dass man das Augenmerk stärker auf die Umsetzung der Klimaschutzziele legen müsse. „Wir müssen als VG die Bewahrung der Natur- und Kulturlandschaft, um Lebensgrundlagen geht“, sagte Haag, die anfügte: „Wenn wir im Einzelfall über Aspektik im Zusammenhang mit Klimaschutzmaßnahmen sprechen, sollte sich jeder auch vor Augen führen, wie unästhetisch es hierzu gehen und aussehen wird, wenn wir die Klimakrise eben nicht ausbremsen.“ Ein dezenter Seitenhieb auf Seibeld und andere Lokalpolitiker, die den möglichen Bau von Windrädern oberhalb von Niederfell aus ästhetischen Gründen und wegen befürchteter negativer Auswirkungen auf den Tourismus klar ablehnen.

E-Mail: volker.schmidt@rhein-zeitung.net



Volker Schmidt